

## Protestaktion Statt Militärübungen mit Kriegsverletzten - Gesundheit für uns alle anlässlich der Übung Saar EX am 16. Mai 26 in Homburg Rede Michael Quetting vom ver.di Ortsverein Saar-Blies

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin Krankenpfleger und ich spreche für die Gewerkschaft ver.di Saar-Blies. Heute findet unweit von hier auf dem Gelände der Firma BahnLog eine militärisch-zivile Großübung unter dem Befehl des Landeskommando Saarland statt. Geübt wird die Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser. Der Name: „Saar EX“. Die Akteure: Bundeswehr, US-Militär und zivile Blaublichtorganisationen.

Warum sind wir dagegen?

Wir können doch nichts dagegen haben, wenn wir den Kriegsfall üben, nur so sei er zu

verhindern.

Dies ist ein Denkfehler.

Kommt es zum Krieg hier in Mitteleuropa, dann ist es ein Irrtum zu meinen, dass wir aus dem Gesundheitswesen den Menschen helfen können. Nicht die Vorbereitung eines Krieges verhindert im Atomzeitalter den Krieg, sondern er macht ihn wahrscheinlicher.

Was wird heute hier geübt?

Es geht um die effiziente Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit von Soldatinnen und Soldaten. Die Gesundheitskräfte werden der Zivilbevölkerung dann nicht mehr im eigentlich notwendigen Umfang helfen können. Die Planungen sprechen von 1.000 Verwundeten pro Tag, die versorgt werden sollen, davon etwa 30 % Inten-

sivpatienten. Natürlich bleiben dann keine Kapazitäten für die normale gesundheitliche Versorgung von Zivilisten, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt.

Und wie ist die Lage im Gesundheitswesen?

Die Lage in den Krankenhäusern, in der Pflege und Reha ist ernst. Wir kennen das spätestens seit Corona. Es fehlt an Personal. 70 % aller Krankenhäuser schreiben rote Zahlen.

In dieser Situation wird unser Staat zur Kriegstüchtigkeit aufgeputscht. Das hat unterschiedliche Gründe, die, die das Sagen haben, wollen einen Weg aus den Krisen durch immense Aufrüstung erreichen. Das kostet Geld. Sehr viel Geld. Und das ist letztlich nur





zu holen, indem es zu sehr tiefen Einschnitten ins Sozialwesen kommt. Aufrüstung und Sozialabbau - das gehört zusammen. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Gerade aktuell erleben wir das z.B. bei der Krankenversorgung. Die Sparpläne betreffen nahezu alle Bereiche des Gesundheitssystems. Für gesetzlich Versicherte bedeuten sie vor allem: höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und einiges mehr. Aber es ist viel mehr. Sie wollen 16,3 Milliarden einsparen. Die Last sollen Versicherte und Beschäftigte im Gesund-



heitswesen tragen. Das ist im besonderen Maße eine Kampf-ansage an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, an das Personal in den Krankenhäusern, Reha-Kliniken, psychiatrischen Einrichtungen und in der ambulanten Pflege sind nicht

nur als Versicherte betroffen: Die Löhne sollen gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Durch das Pflegebudget werden die Ausgaben der Krankenhäuser für das Pflegepersonal am Bett vollständig erstattet. Das haben wir in den Auseinandersetzungen der letzten zehn Jahre hart erkämpft. Die Kosten sollen in den kommenden drei Jahren sogar noch um jeweils ein Prozent weniger steigen als die allgemeine Lohnentwicklung und von neuen Tarifverträgen sollen nur noch die Hälfte über



diesem Niveau refinanziert werden. Hinzu kommen weitere Kürzungen in den Krankenhausbudgets.

Die Folgen sind absehbar: Stellenabbau, Druck auf die Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Erfolge der vergangenen Jahre drohen zu nichte gemacht zu werden. Dabei wollte man doch die Gesundheitsberufe attraktiver machen - nicht zuletzt als Konsequenz aus den Erfahrungen in der Corona-Pandemie.

Der Gesetzentwurf gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Wenn noch mehr Kliniken und Fachabteilungen aus wirtschaftlichen Gründen schließen, noch mehr Fachkräfte ihren Beruf verlassen, schadet das allen.

Anstatt die versicherungsfrem-

den Leistungen zu übernehmen, so z.B. die 12 Mrd. Euro für die Bürgergeldbezieher, will man dafür gerade mal 250 Mio. bezahlen und gleichzeitig den Bundeszuschuss zur GKV um 2 Milliarden kürzen.

Die Folgen sind verheerend. Wir werden erpresst. Jede erkämpfte Tarifierhöhung wird dazu genutzt werden, wieder Personal abzubauen. Der Stress, die Ausbeutung und Ausnutzung drohen zuzunehmen. Gleichzeitig muss befürchtet werden, dass jedes zweite Krankenhaus insolvent geht.

Schon heute ist die Versorgungsqualität den ökonomischen Sachzwängen untergeordnet. Alle kleinen Teilerfolge im Kampf dagegen sollen jetzt rückgängig gemacht werden. Wir haben in diesem Kampf in einigen großen Kliniken Entlastungstarifverträge erkämpft, schon hat man in Berlin den Tarifvertrag gekündigt. Die erkämpften Personalquoten sollen in die Tonne getreten werden. Die ohnehin schwierige Situation wird sich weiter verschlechtern.

Die Krankenhäuser tragen den weitaus größten Teil der Einsparungen. Die Meistbegünstigungsklausel wird gestrichen, die Tarifrefinanzierung und Deckelung des Pflegebudgets sollen abgeschafft werden.

Das wird zum Abbau von Personal führen, das die Kliniken für eine gute Versorgung dringend brauchen. Dass sich die Personalausstattung und die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern verbessern müssen, war eine zentrale Erkenntnis aus der Corona-Pandemie. Hier eine Rolle rückwärts zu machen, ist fatal.

Deswegen mahnen wir hier. Wir brauchen keine Saar, die ex geht - kein SaarEX. Wir wollen ein Gesundheitssystem, das für alle da ist und zivil bleibt! Für eine friedliche, gerechte Gesundheitsversorgung - Krisenfest statt kriegstüchtig!